

**Ausschuss der Regionen****EDUC-V-024****98. Plenartagung vom 29./30. November 2012****STELLUNGNAHME****"Innovation für nachhaltiges Wachstum:  
Eine Bioökonomie für Europa"**

## DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- bekräftigt, dass Biowissenschaften und Biotechnologie erheblich zu den Kernzielen der EU-Politik – Gesundheit und nachhaltige Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen – beitragen;
- ist sich bewusst, dass die Umstellung auf eine Bioökonomie notwendig ist, um Europa zu einem der weltweiten Marktführer in Sachen Bioökonomie zu machen, insbesondere in Bezug auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit;
- begrüßt, dass die Bioökonomie in "Horizont 2020", für die gemeinsam mit Ernährungssicherheit und nachhaltiger Landwirtschaft eine Mittelausstattung in Höhe von 4,5 Mrd. EUR seitens der Kommission vorgeschlagen wurde, als "*gesellschaftliche Herausforderung*" angesehen wird;
- betont, dass die Bioökonomie gegenüber der fossil basierten Wirtschaft frühestens in 25 Jahren wettbewerbsfähig sein wird; hierfür sind langfristige Investitionen (in Forschung und Entwicklung) und Strategien (über 2020 hinaus) sowie die Zusammenarbeit aller Interessenträger entlang der gesamten Wertschöpfungskette erforderlich, um den Wissenstransfer zwischen Unternehmen sicherzustellen;
- unterstreicht, dass die Bioökonomie neue Geschäfts- und Innovationsmöglichkeiten für die europäische Wertschöpfungskette bieten wird, einschl. für die Landwirtschaft;
- betont die Bedeutung raumplanungspolitischer Instrumente zum Erhalt von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen;
- weist darauf hin, dass der von der Kommission vorgeschlagene Aktionsplan keine Maßnahmen zur effizienteren Nutzung der natürlichen Ressourcen enthält.

Berichterstatter

Rogier van der Sande (NL/ALDE), Mitglied der Exekutive der Provinz Südholland

Referenzdokument

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Innovation für nachhaltiges Wachstum: Eine Bioökonomie für Europa  
COM(2012) 60 final

**Stellungnahme des Ausschusses der Regionen – Innovation für nachhaltiges Wachstum:  
Eine Bioökonomie für Europa**

**I. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN**

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

*Kernbotschaften*

1. begrüßt die Mitteilung der Europäischen Kommission (im Folgenden "die Kommission"), in der diese den Übergang zu einer umfassenderen und nachhaltigeren Nutzung erneuerbarer Rohstoffe vorschlägt und für die Umstellung von einer fossil basierten auf eine biobasierte Gesellschaft mithilfe von Forschung und Innovation plädiert;
2. teilt die Ansicht der Kommission, dass die Bioökonomie ein Kernelement eines intelligenten und grünen Wachstum ist und die Verwirklichung der Ziele der Europa-2020-Strategie sowie deren Leitinitiativen "*Innovationsunion*" und "*Ressourcenschonendes Europa*" begünstigt; bekräftigt, dass Biowissenschaften und Biotechnologie erheblich zu den Kernzielen der EU-Politik – Gesundheit und nachhaltige Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen – beitragen<sup>1</sup>;
3. ist sich bewusst, dass die Umstellung auf eine Bioökonomie notwendig ist, um Europa zu einem der weltweiten Marktführer in Sachen Bioökonomie zu machen, insbesondere in Bezug auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit; betont, dass die Bioökonomie ein großes Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht nur in der Landwirtschaft bietet; merkt an, dass die natürlichen Ressourcen weltweit schwinden und Europa schneller voranschreiten muss, um in der Bioökonomie wettbewerbsfähig zu bleiben, da andere Länder überall auf der Welt vergleichbare Strategien auf den Weg bringen und Marktinitiativen aktiv fördern (beispielsweise China und die USA); vertritt die Auffassung, dass Europa eine starke innovationsgetragene europäische Antwort zur Förderung der Bioökonomie benötigt;
4. ist der Meinung, dass es dem in dieser Mitteilung dargelegten Aktionsplan an praktischen Maßnahmen und Instrumenten fehlt, um etwaige Hindernisse oder Risiken bei der Umstellung auf eine Bioökonomie zu bewältigen; unterstreicht, dass besonderes Augenmerk auf einander überschneidende oder widersprüchliche Rechtsvorschriften sowie die Verfügbarkeit von Risikokapital gerichtet werden muss;
5. begrüßt, dass die Bioökonomie in "Horizont 2020"<sup>2</sup>, für die gemeinsam mit Ernährungssicherheit und nachhaltiger Landwirtschaft eine Mittelausstattung in Höhe von 4,5 Mrd. EUR seitens der Kommission vorgeschlagen wurde, als "*gesellschaftliche Herausforderung*" ange-

---

<sup>1</sup> CdR 174/2007 fin.

<sup>2</sup> COM(2011) 808 final.

sehen wird, womit Spielraum für innovative Maßnahmen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Knappheit der natürlichen Ressourcen, nachhaltige Landwirtschaft, Abhängigkeit von fossilen Ressourcen und Klimawandel geschaffen und gleichzeitig für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesorgt wird; weist aber darauf hin, dass die Beschränkung dieser Mittel auf die Bereiche "Ernährungssicherheit, nachhaltige Landwirtschaft, marine und maritime Forschung und Biowirtschaft" eine große Einschränkung gegenüber den von der Kommission in der Mitteilung als Bioökonomie zusammengefasste Sektoren bedeutet; betont, dass die Bioökonomie gegenüber der fossil basierten Wirtschaft frühestens in 25 Jahren wettbewerbsfähig sein wird; hierfür sind langfristige Investitionen (in Forschung und Entwicklung) und Strategien (über 2020 hinaus) sowie die Zusammenarbeit aller Interessenträger entlang der gesamten Wertschöpfungskette erforderlich, um den Wissenstransfer zwischen Unternehmen sicherzustellen;

6. ist der Ansicht, dass die Landwirtschaft aufgrund der Umstellung von einer fossil basierten Wirtschaft auf eine Bioökonomie unter Gewährleistung von Ernährungssicherheit und ohne Beeinträchtigung ihrer vorrangigen Rolle als Nahrungsmittelerzeuger auch eine breite Palette biobasierter (Non-Food-)Produkte liefern könnte, was wiederum die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft erhöhen könnte; die Bioökonomie wird neue Geschäfts- und Innovationsmöglichkeiten für die europäische Wertschöpfungskette bieten, einschl. für die Landwirtschaft selbst; hält fest, dass für die optimale Nutzung der natürlichen Ressourcen eine enge Interaktion zwischen Landwirtschaft, Bioökonomie und Wissenschaft notwendig ist<sup>3</sup>, um die Landwirtschaft nachhaltig und effizienter zu machen; merkt an, dass eine Intensivierung der Primärproduktion dabei nicht dem Prinzip Nachhaltigkeit entgegenstehen darf; betont daher die Bedeutung raumplanungspolitischer Instrumente zum Erhalt von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen;
7. stimmt mit der Kommission überein, dass eine zuverlässige und ausreichende Versorgung mit nachhaltigen und qualitativ hochwertigen biobasierten Produkten sowie ressourceneffiziente Primärproduktionssysteme Grundvoraussetzungen für eine beschleunigte Umstellung auf eine nachhaltige europäische Bioökonomie sind; weist darauf hin, dass der von der Kommission vorgeschlagene Aktionsplan aber keine Maßnahmen zur effizienteren Nutzung der natürlichen Ressourcen enthält;

#### *Verwirklichung der (sektorübergreifenden) Bioökonomie*

8. betont, dass Strategie, Politik, Rechtsvorschriften und Anreize im Bereich der Bioökonomie klarer ausgerichtet werden müssen; unterstreicht außerdem, dass eine dauerhafte Koordination, ein klares politisches Engagement und eine stärkere Integration zwischen den europäischen Maßnahmen (Horizont 2020, Kohäsionspolitik, GAP, Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Abfallrahmenrichtlinie) und den einzelnen Sektoren erforderlich ist, um Widersprüche zwi-

---

<sup>3</sup>

Siehe Stellungnahme des Ausschusses der Regionen "Europäische Innovationspartnerschaft 'Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit'", CdR 1749/2012 (NAT-V-022).

schen politischen Zielsetzungen zu vermeiden und Bedingungsgleichheit für alle Akteure sicherzustellen;

9. begrüßt das Bestreben der Kommission, einen integrierten, sektor- und disziplinenübergreifenden politischen Ansatz für die Bioökonomie zu entwickeln; merkt an, dass eine starke politische Koordinierungsrolle der Europäischen Kommission notwendig ist und dass der Umfang der praktischen Durchführungserfordernisse auf regionaler und lokaler Ebene in diesem Bestreben bislang nicht berücksichtigt wird;
10. befürwortet den Versuch der Kommission, eine gemeinsame und weitreichende Definition für Bioökonomie festzulegen; vermutet, dass die verschiedenen in der Bioökonomie tätigen europäischen, nationalen und regionalen Interessenträger aufgrund des sektorübergreifenden Wesens der Bioökonomie eine unterschiedliche Vorstellung von ihr haben könnten; ist der Ansicht, dass die Biomasse-Pyramide (siehe Abbildung 1)<sup>4</sup> einen Rahmen für eine strukturiere Diskussion über den Wert und die bevorzugte Nutzung von Biomasse bieten könnte;
11. plädiert dafür, dass Europa seine eigene klare und langfristige Vision der Bioökonomie ausgehend von den verschiedenen Segmenten der Biomasse-Pyramide (siehe Abbildung 1) entwickeln und in die Praxis umsetzen sollte, in der die höheren Segmente höhere Werte darstellen; ist der Meinung, dass Europa eine "Wert-Strategie" mit Schwerpunkt auf den höheren Segmenten der Biomasse-Pyramide verfolgen und vorzugsweise auf die Nutzung von Biomasse der 2. und später auch der 3. Generation setzen sollte<sup>5</sup>; ist sich bewusst, dass Investitionen in Biomasse der 1. Generation für den Übergang zur 2. und später auch der 3. Generation erforderlich sind; betont, dass diese europäischen Ziele in alle sektorübergreifenden Politiken mit Bezug zur Bioökonomie einfließen sollten;

---

4 Siehe Bericht "*De Ecopiramide – Biomassa beter benutten*" (Derksen, J.T.P. et al., 2008) und "*The Ecopyramid – better biomass efficiency*", Zusammenfassung auf EN abrufbar unter: <http://www.innovatienetwerk.org/en/bibliotheek/rapporten/342/DeEcopyramide>.

5 Biokraftstoffe der 1. Generation werden im Allgemeinen aus Nahrungsmittelkulturen (z.B. Weizen, Mais), Ölpflanzen (z.B. Raps, Palmöl) und Zuckerpflanzen (z.B. Zuckerrüben, Rohrzucker) unter dem Einsatz bestehender Technologien erzeugt. Biokraftstoffe der 2. Generation werden aus Cellulosekunststoffen (Lignocellulose), Agrarreststoffen oder speziell angebauten Energiepflanzen hergestellt. Biokraftstoffe der 3. Generation können unter dem Begriff "gezüchtete Biomasse", d.h. in anderer Form als Nahrungsmittelkulturen, zusammengefasst werden, die in Bezug auf Licht und Boden sehr effizient sind. Als bestes Beispiel seien hier Algen genannt, die Öl und wertvolle Produkte liefern. Siehe u.a. <http://www.biofuelstp.eu/fuelproduction.html> und <http://biofuelsandthepoor.com/facts-and-definitions/> (nur auf EN abrufbar).

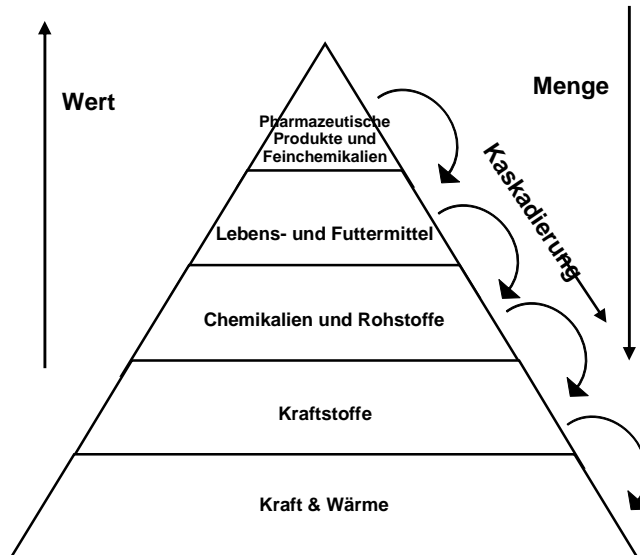


Abbildung 1: Biomasse-Pyramide

12. vertritt die Auffassung, dass Europa die Führungsrolle bei der Festlegung von Nachhaltigkeitskriterien zur Optimierung von Angebot und Nachfrage betreffend Biomasse (oder erneuerbaren biologischen Ressourcen), bei der Förderung einer nachhaltigen Landnutzung, bei der Berücksichtigung der zunehmenden Agrarproduktionskapazitäten und der beschleunigten Nutzung von Biomasse der 2. und später auch der 3. Generation, bei der Minimierung etwaiger negativer Auswirkungen einer nicht nachhaltigen Nutzung von Biomasse der 1. Generation und in den Überlegungen bezüglich den Zielkonflikt "Nahrungsmittel- gegen Kraftstoffproduktion" übernehmen und in der Folge auch behaupten sollte;
13. empfiehlt der Kommission, einen gemeinsamen Bioökonomie-Fahrplan mit einer Analyse der nächsten, für den Aufbau einer europäischen Bioökonomie notwendigen Schritte zu erstellen, wobei sie einem Wertschöpfungskettenansatz und den Arbeiten der europäischen Technologieplattformen, der OECD usw. Rechnung tragen sollte; fordert die Aufnahme praktischer Maßnahmen und Instrumente in den Fahrplan sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten; hebt das Potenzial der interregionalen Zusammenarbeit für die Wertschöpfungskette hervor;
14. weist darauf hin, dass die Bioökonomie in zahlreiche Politikbereiche innerhalb der Kommission hineinspielt; schlägt daher zur Erleichterung des Zugangs zu einschlägigen EU-Initiativen und -Programmen die Einrichtung eines "One-Stop-Shops" vor, d.h., einer einzigen Anlaufstelle bei der Kommission, die entsprechende Anfragen bearbeitet;

*Instrumente der Multi-Level-Governance und Subsidiarität*

15. begrüßt, dass die regionale Dimension der Bioökonomie in der Kommissionsmitteilung berücksichtigt wird; vertritt die Auffassung, dass diese Mitteilung und sämtliche Vorschläge für den Aktionsplan für Bioökonomie mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang stehen;
16. hält fest, dass nur wenige Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Bioökonomie ergriffen haben und Bioökonomie-Strategien hauptsächlich von den nationalen Regierungen erstellt werden – als gutes Beispiel sei die gemeinsame regionale Bioökonomie-Strategie des *Biobased Delta* (zwischen der Region Südwest-Niederlande und der Region Flandern) genannt; ist der Ansicht, dass ein integrierter Rahmen und ein stärker auf Zusammenarbeit ausgerichteter europäisches Konzept notwendig sind; unterstreicht, dass lokale und regionale Initiativen durch die Umsetzung von Bioökonomie-Strategien auf allen Ebenen der Zusammenarbeit (EU, national, regional und lokal) und die Koordinierung sektorübergreifender Maßnahmen gefördert werden müssen; empfiehlt, in allen einschlägigen (sektorübergreifenden) Politikbereichen mit Bezug zur Bioökonomie Koordinierungsmechanismen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene einzurichten;
17. unterstützt den Vorschlag der Kommission zur Einrichtung eines Bioökonomie-Panels, das Synergien und Kohärenz zwischen den einzelnen Politiken verbessern sowie ihre praktischen Auswirkungen für die Bioökonomie erörtern und bewerten soll; ist jedoch der Meinung, dass der genaue Zweck dieses Panels ebenso wie seine Arbeitsweise und die Einbindung der Regionen nach wie vor unklar sind; ist der Überzeugung, dass dieses Panel als Multistakeholder-Forum angelegt sein sollte, bei dem Interessenträger im Rahmen des Dreifachhelix-Ansatzes (KMU, Forschungsinstitute und regionale/lokale Gebietskörperschaften) zusammenarbeiten, um Wissen und Ideen auszutauschen sowie Lösungen für eine biobasierte Gesellschaft und praktische Schritte für den Übergang von einer fossil basierten Wirtschaft zu einer Bioökonomie zu erörtern; unterstreicht, dass ein breites Spektrum an Sektoren in diesem Panel vertreten sein sollte, um eine gute Ausgangsbasis für einen sektorübergreifenden Ansatz für die Bioökonomie zu schaffen;
18. hält es für möglich, dass sich nationale, regionale und lokale Bioökonomie-Plattformen in Funktionsweise und Rolle unterscheiden; fordert die Kommission auf, spezifische Leitlinien betreffend die Zuständigkeiten der nationalen, regionalen und lokalen Bioökonomie-Plattformen aufzustellen; betont, dass die Bioökonomie-Panels Koordinierungsaufgaben zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft übernehmen sollten, um in der vorwettbewerblichen Phase anstehende Maßnahmen zu vereinbaren; fordert ein ortsbezogenes Konzept, in dem die unterschiedlichen geografischen, wirtschaftlichen, ökologischen und regionalen Gegebenheiten und Prioritäten sowie bestehende regionale Initiativen berücksichtigt werden; merkt an, dass jede Region ihren eigenen Weg gehen und ihre eigene regionale Bioökonomie-Strategie aufstellen sollte;

19. weist darauf hin, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für die Verwirklichung und die Entwicklung der Bioökonomie von grundlegender Bedeutung sind; unterstreicht, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für die Ermittlung von Risiken und etwaigen Hindernissen, die der praktischen Durchführung im Wege stehen, unentbehrlich sind, und plädiert daher für ihre aktive Einbeziehung und Mitwirkung bei der Einrichtung, Organisation und Arbeit des Bioökonomie-Panels; fordert die Kommission auf, einen flexiblen Ansatz zu wählen und die Funktion bzw. Rolle der regionalen und/oder nationalen Panels, ihr Zusammenspiel und die Berücksichtigung der regionalen und/oder lokalen Erfahrungen im EU-Bioökonomie-Panel zu klären;
20. ist der Meinung, dass der Erfolg der Bioökonomiewende von der aktiven Mitwirkung der Zivilgesellschaft an deren Planung und Durchführung abhängt; verweist auf die Bedeutung der Sensibilisierung der Öffentlichkeit; fordert die Kommission auf, hervorzuheben, wie Wissenschaft, Gesellschaft und Politikgestaltung dabei zusammenspielen und welche wichtige Rolle den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in diesem Prozess zukommt;
21. ist der Ansicht, dass die Umstellung auf eine Bioökonomie nur in einer "biobasierten Gesellschaft" erfolgreich gelingen kann; schlägt daher vor, dass Vertreter von NRO und Organisationen der Zivilgesellschaft bereits in der Frühphase dieser Umstellung eine wichtige Rolle übernehmen und in den Bioökonomie-Panels vertreten sein sollten;
22. hebt das Potenzial der Bioökonomie für Wachstum und Beschäftigung in Europa hervor; vertritt die Auffassung, dass hierfür hochqualifizierte Arbeitskräfte erforderlich sind, um für die entsprechenden Innovationen und die Wissensgrundlage zu sorgen, auf denen die Bioökonomie aufbaut; weist darauf hin, dass Entwicklungen in Verbindung mit der Bioökonomie mittels Kursen und Lehrgängen in den Bereichen Landwirtschaft, Chemie und Lebensmittel in die Lehrpläne von Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung wie auch der beruflichen Bildung aufgenommen werden sollten. Gemäß Artikel 165 AEUV fällt die Bildungspolitik allerdings in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, weshalb keine Anforderungen in diesem Bereich auf EU-Ebene festgelegt werden können;
23. ist der Überzeugung, dass eine Zusammenarbeit im Rahmen des Dreifachhelix-Ansatzes für Innovation und Wissensverwertung in der Bioökonomie unverzichtbar ist; auch der Dreifachhelix-Ansatz erfordert eine Modernisierung und Weiterentwicklung, geht es doch um das effektive Funktionieren regionaler Innovationsökosysteme. Der Bereich kann naturgemäß auf eine breite positive Teilhabe der Bürger bauen und eignet sich somit hervorragend als Pionier der forschungsintensiven und zugleich nutzerorientierten Innovation in Europa;

*Eine nachhaltige Bioökonomie im Binnenmarkt und auf dem Weltmarkt*

24. betont die Bedeutung öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) für die Beschleunigung der Bioökonomiewende; unterstreicht, dass KMU bei der Umsetzung wissenschaftlicher Forschung in Anwendungen und deren Vermarktung in Form von neuen Produkten oder Techniken



wesentlich sind; ist der Meinung, dass die Innovationsrelevanz von KMU nicht genug hervor-  
gehoben werden kann und sie zur Förderung ihrer Tätigkeiten einer starken, strukturierten  
Unterstützung bedürfen;

25. erachtet es als wichtig, für KMU einen besseren Zugang zu Finanzmitteln durch Investitionen  
in Start-Up-Unternehmen, Risikokapital und Förderung des Technologietransfers sicherzu-  
stellen, die Vorschriften zu vereinfachen und die Wissensverwertung im Bereich Bioökono-  
mie zu erleichtern; schlägt die Einrichtung eines KMU-Panels vor, das das Bioökonomie-  
Panel unterstützen und einen wirtschaftsorientierten Ansatz gewährleisten soll;
26. befürchtet, dass die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der  
EU der industriellen Nutzung von Biomasse als (Roh)Stoff nicht zuträglich sind;
27. betont, dass die Umstellung auf eine biobasierte Wirtschaft mit der Vollendung des Binnen-  
markts und der Handelspolitik vereinbar sein muss;

#### *Regionale Beispiele und Finanzierungsinstrumente*

28. begrüßt das Entstehen führender europäischer Bioökonomie-Netze von Regionen und Clus-  
tern wie u.a. die Zusammenarbeit zwischen der Region Flandern (Belgien) und der Region  
Südwest-Niederlande sowie Beispiele in Nordwest-Frankreich, Nordrhein-Westfalen (Deutsch-  
land), der Region Helsinki (Finnland) und der Steiermark (Österreich) und Initiativen in  
Schweden, Estland und Ungarn; fordert die Kommission auf, derartige Netze und Cluster zur  
Förderung des Erfahrungsaustauschs und die gemeinsame Bearbeitung von Projektbewerbun-  
gen mit anderen europäischen Regionen zu unterstützen und sie in das Bioökonomie-Panel  
einzubeziehen; ist überzeugt, dass es wichtig ist, in Sachen Einrichtung von Investment-Fonds  
und Technologietransfer voneinander zu lernen;
29. unterstreicht, dass Bottom-up-Initiativen bei der Schaffung einer biobasierten Gesellschaft eine  
wichtige Rolle spielen und ein unternehmens- und nachfrageorientierter Ansatz in Verbin-  
dung mit einem staatlichen Top-down-Ansatzes unabdingbar ist;
30. hält fest, dass Biomasse produzierende Regionen von technologischen Innovationen profitie-  
ren können und nicht nur als Biomasselieferanten angesehen werden sollten; daher muss dem  
Technologietransfer und der Wissensverwertung besondere Aufmerksamkeit gewidmet wer-  
den; betont, dass enge Verbindungen zwischen Stadt und Land für den Technologietransfer  
und die Wissensverwertung von grundlegender Bedeutung sind;
31. merkt an, dass ein Teil der Mittel aus der GAP in Verbindung mit "Horizont 2020" für die  
Europäische Innovationspartnerschaft "*Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltig-  
keit*" bereitgestellt werden sollte, um die Kluft zwischen Forschung und Entwicklung und der

Agrarpraxis zu überbrücken und so die Wissensgrundlage auszubauen und die Wissenswertung zu verbessern<sup>6</sup>;

32. schlägt vor, dass die Kommission die Auflistung und Kartierung bewährter Verfahren, bestehender Tätigkeiten und verfügbarer biobasierter Produkte von regionalen Clustern und Regionen erleichtern sollte, wobei sie sich auf bestehende Arbeiten und Ergebnisse laufender Programme u.a. ABCEurope, die von der GD ENTR<sup>7</sup> finanzierte Initiative "*Cluster Innovation Platform*", das Programm Interreg im Rahmen der Regionalpolitik und das Programm "*Wissensregionen*" im 7. Forschungsrahmenprogramm<sup>8</sup> stützen sollte; sie sollte außerdem Multi-fondsprogramme fördern;
33. begrüßt den Vorschlag der Kommission, einen Teil der Mittel aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für Projekte zur Umstellung auf eine "CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft" in weniger entwickelten Regionen, entwickelten "Übergangsregionen" und reicheren Regionen bereitzustellen; ist der Meinung, dass dies eine positive Wirkung für den Übergang zu einer biobasierten Gesellschaft zeitigen wird; verweist auf das Potenzial von Strategien zur intelligenten Spezialisierung, um Regionen in die Lage zu versetzen, einen strategischeren und integrierteren Ansatz für die Bioökonomie zu entwickeln;
34. schlägt außerdem vor, dass Regionen, die im Bereich der Bioökonomie schon sehr fortgeschritten sind, unterstützt werden sollten, um die im Rahmen der Wertschöpfungsketten der Bioökonomie erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und mit weniger fortgeschrittenen Regionen zusammenzuarbeiten; ist der Ansicht, dass fortgeschrittene und weniger fortgeschrittene Regionen gemeinsam Pilotanlagen fördern sollten, in denen (Start-Up-)Unternehmen neue Produkte in einem geschützten Umfeld testen können; vertritt die Auffassung, dass diese "Leiter zur Spitzenforschung" zu einer wirksamen Ressourcennutzung und Stärkung des Zusammenhalts führen wird; unterstützt Initiativen wie das Programm "Wissensregionen", die ein zweckdienliches Instrument für den Wissensaustausch sind, die wirksame Nutzung und Anwendung der Forschungsergebnisse in den Regionen erheblich fördern und neue Forschungszusammenarbeit generieren;
35. ist überzeugt, dass die Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) und regionale Innovations- und Umsetzungsgemeinschaften (RIC) sich mit langfristigen gesellschaftlichen Herausforderungen auseinandersetzen und neue Innovationschancen für Europa erschließen; fordert die Kommission daher auf, im Zuge der nächsten Phase der Einrichtung neuer KIC im

---

<sup>6</sup> Siehe Stellungnahme des Ausschusses der Regionen "*Europäische Innovationspartnerschaft 'Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit'*", CdR 1749/2012 (NAT-V-022).

<sup>7</sup> [http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/biotechnology/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/biotechnology/index_en.htm) und <http://www.europe-innova.eu/web/guest/cluster-cooperation/cluster-innovation-platform>.

<sup>8</sup> <ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/kbbe/docs/regional-biotech-report.pdf>; [http://cordis.europa.eu/fp7/kbbe/library\\_en.html](http://cordis.europa.eu/fp7/kbbe/library_en.html).

Programmplanungszeitraum 2014-2020 eine Wissens- und Innovationsgemeinschaft für Bioökonomie zu schaffen<sup>9</sup>;

36. ist sich angesichts vorstehenden Bemerkungen sicher, dass alle europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Interessenträger den dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf die Schaffung einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft/Bioökonomie erkennen; für die Ermittlung des richtigen Weges zur Verwirklichung dieses Zieles sowie zu dessen Erreichung ist eine Revolution unserer Denk- und Handlungsweise erforderlich; stellt seine Expertise gerne zur Verfügung, da Regionen für die praktische Durchführung wesentlich sind; bekundet seine Bereitschaft, eng mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um die Bioökonomie-Strategie in Europa in die nächste Phase voranzubringen;

*Die nächsten Schritte für die EU und die Regionen*

37. fordert die Kommission auf, durch entsprechende Maßnahmen auf EU-Ebene:
- a. die Bioökonomie-Strategie (im Rahmen des Dreifachhelix-Ansatzes) zu fördern und sich dabei auf die höheren Segmente der Biomasse-Pyramide zu konzentrieren; ein Bioökonomie-Panel einzurichten, an dem Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung (auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene) teilnehmen;
  - b. ein integriertes Konzept für die Bioökonomie ausgehend von einer hierfür erforderlichen Multifondsstrategie auf regionaler und europäischer Ebene auszuarbeiten (Horizont 2020, Kohäsionspolitik, GAP, Energiepolitik);
  - c. die Bürger in den Regionen über die Notwendigkeit der Bioökonomie und die ihr innewohnenden Chancen aufzuklären;
  - d. das integrierte Bioökonomie-Konzept auf motivierende Vorschriften und Maßnahmen zu stützen (mittel Zertifizierungssystemen sowie generaldirektionsübergreifenden integrierten und maßgeschneiderten FuE-Programmen), die keine widersprüchlichen Bestimmungen enthalten und den Regionen Möglichkeiten bieten, ihren eigenen Weg für ihre Strategie betreffend Bioökonomie und intelligente Spezialisierung zu wählen;

und eine europäische Strategie auszuformulieren, die abhebt auf:

- Spezialisierung und Wissensverwertung von Innovationen in der europäischen Bioökonomie zur Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene;
- Forschung und Entwicklung der 2. und 3. Generation von Biomasse;
- Wertschöpfungsketten (von der Herstellung von Rohstoffen bis zur Vermarktung fertiger Produkte);
- Produkte mit hohem Mehrwert;

---

<sup>9</sup>

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) mit seinen für verschiedene Bereiche gebildeten Wissens- und Innovationsgemeinschaften (WIG) wird Fragen der Bioökonomie aufgreifen, insbesondere im Rahmen der vorgeschlagenen WIG "Food4future" – siehe COM(2012) 60 final; die Bioökonomie umfasst nicht nur Lebensmittel, sondern auch Non-Food-Erzeugnisse. Daher müssen auch die Non-Food-Erzeugnisse in der Gesamtwertkette der Bioökonomie berücksichtigt werden.

38. ist überzeugt, dass die Regionen Folgendes zu bieten haben:
- a. Kartierung und Verfügbarkeit dokumentierter bewährter Verfahren der Regionen, die die Bioökonomie (in Teilaspekten) bereits erfolgreich planen und umsetzen, sowie Ermittlung von Möglichkeiten zur Förderung und Übertragung dieser Strukturen auf andere Regionen ("Leiter zur Spitzenforschung");
  - b. Unterstützung beim Aufbau von Dreifachhelix-Strukturen und Beitrag zu den Bioökonomie-Panels;
  - c. Sensibilisierung der Bürger für die (Notwendigkeit und Vorteile der) Bioökonomie auf lokaler und regionaler Ebene, da die nachgeordneten Gebietskörperschaften die bürger nächste Ebene sind;
  - d. Unterstützung beim Aufbau der "Leiter zur Spitzenforschung" durch Erleichterung und Anstoß der interregionalen Zusammenarbeit zwischen weniger und stärker entwickelten Regionen und die Anwendung von Multifondskonzepten für europäische Programme und Vorhaben.

Brüssel, den 30. November 2012

Der Präsident  
des Ausschusses der Regionen

Ramón Luis VALCÁRCEL SISO

Der Generalsekretär  
des Ausschusses der Regionen

Gerhard STAHL

## II. VERFAHREN

|   |  |
|---|--|
| <b>Titel</b>  | Stellungnahme "Innovation für nachhaltiges Wachstum: eine Bioökonomie für Europa"  |
| <b>Referenzdokument</b>   | COM(2012) 60 final   |
| <b>Rechtsgrundlage</b>  | AEUV: Artikel 307, Artikel 179 bis 181 (für Forschung und Innovation), Artikel 38 bis 44 (für Landwirtschaft und Fischerei), Artikel 173 (für Wettbewerbsfähigkeit und Industrie), Artikel 191 bis 193 (für Umwelt)  |
| <b>Geschäftsordnungsgrundlage</b>   |  |
| <b>Schreiben der Kommission</b>   | 13. Februar 2012   |
| <b>Beschluss des Präsidenten</b>  | 26. März 2012  |
| <b>Zuständige Fachkommission</b>  | Fachkommission für Bildung, Jugend, Kultur und Forschung   |
| <b>Annahme in der Fachkommission</b>  | 27. September 2012   |
| <b>Ergebnis der Abstimmung in der Fachkommission (mehrheitlich, einstimmig)</b> | einstimmig   |
| <b>Verabschiedung im Plenum</b>   | 30. November 2012  |
| <b>Frühere Stellungnahmen des AdR</b>   | <ul style="list-style-type: none"> <li>– Halbzeitüberprüfung der Strategie für Biowissenschaften und Biotechnologie, CdR 174/2007 fin;</li> <li>– Vorkommerzielle Auftragsvergabe: Innovationsförderung zur Sicherung tragfähiger und hochwertiger öffentlicher Dienste in Europa, CdR 58/2008 fin;</li> <li>– Gemeinschaftlicher Rechtsrahmen für eine europäische Forschungsinfrastruktur (ERI) und Gemeinsame Planung der Forschungsprogramme, CdR 283/2008 fin;</li> <li>– Entwicklung einer gemeinsamen EU-Strategie für Schlüsseltechnologien, CdR 15/2010 fin;</li> <li>– Beitrag der Kohäsionspolitik zur Europa-2020-Strategie, CdR 223/2010 fin;</li> <li>– Vereinfachung der Durchführung von Forschungsrahmenprogrammen, CdR 230/2010 fin;</li> <li>– Leitinitiative der Strategie Europa 2020 – Innovationsunion, CdR 373/2010 fin;</li> <li>– Die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Rahmen der Ziele der Europa-2020-Strategie, CdR 72/2011 fin;</li> <li>– Allgemeine Verordnung über die Fonds des gemeinsamen strategischen Rahmens, CdR 380/2011 fin;</li> <li>– Horizont 2020 (Rahmenprogramm für Forschung und Innovation), CdR 402/2011 fin.</li> </ul> |
| <b>Konsultation des Netzes für Subsidiaritätskontrolle</b>                      |  |